

**Innenministerium –
Neue Polizeiuniform
kommt im Trageversuch
gut an**

**Polizei Borken –
„Projekt 110, aktiv in
die Zukunft“**

**Landeskriminalamt –
Grundsteinlegung für
Neubau in Düsseldorf**

**Polizei Neuss –
Sportlerehrung 2007**



Tag der offenen Tür

Polizeipräsidium Münster



6. September 2008

12.00 bis 18.00 Uhr

anschließend Grillabend, Livemusik, Gespräche mit VIPs und Bürgern

Umfangreiche Darstellung der Polizeiarbeit

- Besichtigungsmöglichkeiten
- Sonderfahrzeuge

- Vorführungen der Spezialeinheiten
- Simulierte Rettungseinsätze von Polizei und Feuerwehr
- Vorführungen der Diensthundeführer
- Landesturnriege
- Kinderparadies mit vielen Überraschungen
- Große Tombola
- Autogrammstunden mit „Wilsberg“,
sowie Tatort-Kommissar „Thiel“ und „Prof. Boerne“

Durch das Programm führt Tanja Schwarze von Antenne Münster

Sie erreichen uns mit den City-Buslinien 15 und 16 (Haltestelle Polizeipräsidium),
sowie mit dem Nostalgie-Shuttle vom Hbf zum Polizeipräsidium und zurück



Polizeipräsidium Münster
Friesenring 43

48147 Münster
Tel.: (02 51) 27 50
www.polizei-muenster.de

in Kooperation mit



**ANTENNE
MÜNSTER**
95.4 MHz



Liebe Leserinnen und Leser,

das Problem „Überalterung der Gesellschaft“ ist auch für die nordrhein-westfälische Polizei ein aktuelles Thema. Bereits in der Ausgabe Dezember 2007 hat die Redaktion „Streife“ umfassend über das Schwerpunktthema „Demografischer Wandel“ berichtet.

Seit dem Jahr 2002 setzt sich das Innenministerium mit möglichen Entwicklungen und Auswirkungen der Altersstrukturen innerhalb der Polizeiorganisation Nordrhein-Westfalens auseinander. Als eine der ersten Maßnahmen der Überalterung entgegen

zu wirken, wurde die Zahl der Neueinstellungen ab 2008 von 500 auf 1100 erhöht.

Die Kreispolizei- und Landesoberbehörden müssen sich ebenfalls auf die Auswirkungen

des demografischen Wandels einstellen und individuelle Lösungen für ihre Beschäftigten finden. Die Kreispolizeibehörde Borken hat deshalb bereits erste Schritte eingeleitet. Alfred Bernitzke, Leiter GS in Borken: „Wir müssen unsere Zukunft selbst gestalten. Aktiv mitmachen und die vielfältigen Angebote des Projektes und der Behörde nutzen, das kann allerdings nur jeder für sich persönlich.“

Wie Borken das Problem angeht, wird in dieser Ausgabe auf den Seiten 6–10 ausführlich dargestellt. Das Projekt „110, aktiv in die Zukunft“ beinhaltet Maßnahmen, die beispielhaft für andere Polizeibehörden sind.

Ihre Redaktion „Streife“

Ralf Hövelmann,
Redaktion „Streife“
Tel.: 02 11 – 8 71 23 66

E-Mail: streife@im.nrw.de
www.streife-online.nrw.de

Das Foto ist bei der Vorstellung der neuen Uniform in der Staatskanzlei vom Fotografen Jan Potente gefertigt worden.

Innenministerium NRW – Neue Polizeiuniform kommt gut an	4
Polizei Borken – „Projekt 110, aktiv in die Zukunft“	6
Landeskriminalamt NRW – Grundsteinlegung für Neubau in Düsseldorf	12



LAFP NRW – Waffenrecht aktuell	14
Landeskriminalamt NRW – Ältere Menschen als Kriminalitätsopfer	16
Polizei Hamm – Mit Radstreifen auf neuen Wegen	18



Polizei Rhein-Erft-Kreis – Der Zentrale Erkennungsdienst	20
Polizei Wuppertal – Der Informationsgehalt von Wassermelonen	22
Innenministerium NRW – Ehrung für Zivilcourage	26



Personalien	28
Polizei Neuss – Sportlerehrung 2007	30
Polizei Krefeld – 2. Blaulichttag und Hagelsturm	32
Rätsel/Vorschau	34

Fotos: Jochen Tack,
Bernd Hegert und
Jan Potente



Neue Uniform kommt im Trageversuch gut an

Erste Bilanz nach Online-Umfrage

„Die blaue Uniform kommt gut an“, so lautet die erste Bilanz des Tests, der derzeit in den Polizeibehörden Bielefeld, Mettmann und Krefeld für die neue nordrhein-westfälische Polizeidienstkleidung läuft.

Im Winter und Frühling haben die rund 1.400 beteiligten Kolleginnen und Kollegen bereits die neue Uniform getragen. In einer ersten Abfrage gaben sie ihr die Durchschnittsnote 1,9.

In einer Online-Befragung konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den neuen Bekleidungsstücken eine Note gemäß dem Schulnotensystem von 1 bis 6 abgeben. Das durchweg positive Ergebnis zeigt, dass die neue Uniform gefällt. Abgefragt wurde auch die Akzeptanz der neuen Uniform in der Bevölkerung. Die vielen Rückmeldungen zeigen, dass nach einer Eingewöhnungsphase auch die Akzeptanz bei den Bürgern zunehmend größer wird. Um das endgültige Aussehen, die Form und das Material der neuen Uniform festlegen zu können, werden weiterhin die Erfahrungen und Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort gesammelt. Eine definitive Entscheidung darüber, wie die neue Dienstkleidung aussehen wird, soll erst am Ende des Trageversuchs, nach einer abschließenden Befragung, getroffen werden.

Die „Streife“ wird weiterhin berichten.





Rückmeldungen aus den Online-Fragebögen:

- Zur Uniform insgesamt: Qualität und Bequemlichkeit sind um Welten besser als bei der alten Uniform!
- Zur Jacke: "Reflektoren" und Rückenaufschrift, die Option "Tarnung" und "Auffallen" ist super.
- Beim Pullover ist der Tragekomfort super, vor allem der Reißverschluss am Kragen! Die Brusttasche ist aber für die Notizblöcke zu klein.
- Der Unterziehhölli hat ein tolles, pflegeleichtes und trageangenehmes Material, ABER ICH KANN KEINE ROLLIES TRAGEN, die Farbe ist zudem gewöhnungsbedürftig.
- Die Wachdiensthose: Super Sache mit dem Windstopper! Beintaschen sehr praktisch.
- Oberhemd bzw. Bluse: Die Qualität ist in der Tat sehr gut, bleibt zu wünschen, dass dieser Hersteller auch tatsächlich „im Rennen bleibt“. Hochwertiges Material, da macht das Bügeln ja fast Spaß.... :-). Nur eine Brusttasche, Tasche zu klein (Notizbuch passt nicht rein).
- Schirmmütze: Bessere Formgebung als beispielsweise die Hamburger Version. Insgesamt ist die Mütze in Ordnung, aber hier wird eine Gelegenheit verpasst, mit der Umstellung auf eine neue Uniform auch einen neuen Mützentyp einzuführen. Die Mütze hat unter den Kollegen keine hohe Akzeptanz und wird auch dementsprechend wenig getragen.

„Wahrscheinlich bin ich der einzige Beamte, der die Uniform auch unter Wasser getestet hat. Teichsturz: Dazu kann ich folgendes sagen. Die Kurzjacke ist absolut wasserdicht. Wassereintritt nur von oben, unten und den Ärmeln, Cargohose festes Gewebe war trotz totaler Durchnässung absolut tragbar (zwar kalt aber o.k). Die Schuhe haben den Tauchgang nicht überlebt. Insbesondere die Einlegesohle war nach Trocknung ausgehärtet.“

„110 – aktiv in die Zukunft“

Entwicklungen und Auswirkungen auf die Altersstruktur der Polizei



Wie die Wirtschaft und andere Bereiche des öffentlichen Lebens wird auch die Polizei in Nordrhein-Westfalen die Auswirkung des so genannten demographischen Faktors zu bewältigen haben.

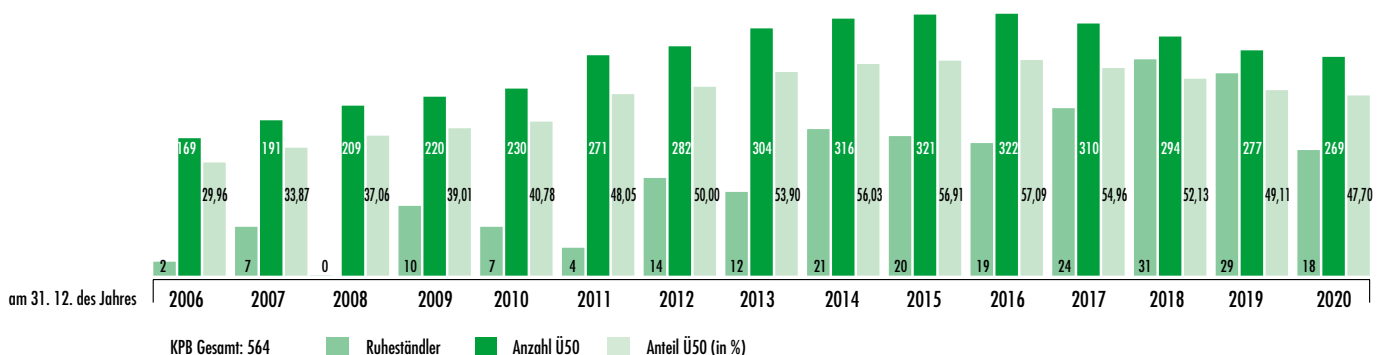
Bereits im Jahr 2002 untersuchte das Innenministerium die Altersstrukturentwicklung und erstellte eine Prognose, zunächst bis zum Jahr 2012. Umfassende Analysen und die intensive Auseinandersetzung mit diesem Thema machten deutlich, dass dieses Phänomen nicht allein die Polizei betrifft, sondern auch eine Vielzahl von Unternehmen gleiche Strukturen aufweisen. Es handelt sich um einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, der voraussichtlich in circa 10 Jahren seine Wirkung entfalten wird.

Die Landesregierung hat auf diese Entwicklung bereits reagiert, z.B. auch durch die zusätzliche Bereitstellung von Personalressourcen durch die Streichung von so genannten 841 kw-Vermerken und die Erhöhung der Einstellungszahlen von 500 auf 1.100 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr. Damit wurden die Voraussetzungen für eine nachhaltige und verstetigte Personalentwicklung geschaffen, die dem Entstehen künftiger Altersswellen entgegen wirkt.

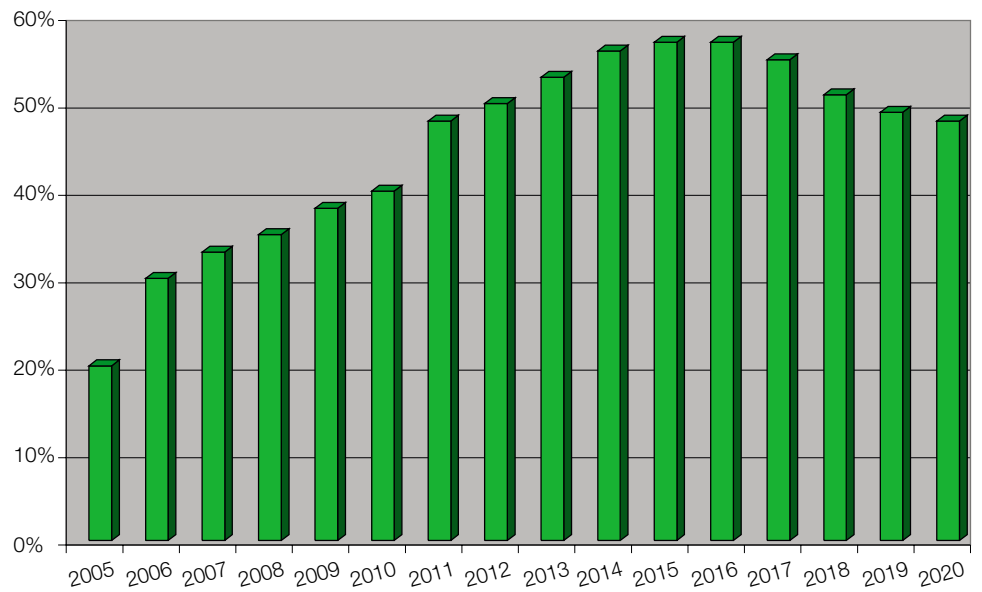
Wie geht nun die Kreispolizeibehörde Borken mit diesem Phänomen um?

Der demographische Wandel birgt Risiken, die es einzuschätzen und denen es zu begegnen gilt. Gleichzeitig ergeben sich hieraus aber auch Chancen, die zu nutzen und auszubauen sind.

Basierend auf den landesweiten Erkenntnissen und um einen Ausblick auf die Funktionsfähigkeit der Kreispolizeibe-



Anteil der lebensälteren Polizeivollzugsbeamten/-innen (50 Jahr und älter)



Annahmen:

Der Personalbestand bleibt gleich – Pensionierte Beamte werden durch Beamte im Alter zwischen 25 und 35 ersetzt.

hörde Borken über das Jahr 2012 hinaus zu erhalten, wurden im Jahr 2006 die behördeninternen Altersstrukturdaten erhoben.

Danach werden Ende 2012 genau 50 % aller Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten älter als 50 Jahre alt sein.

Gleichzeitig geht die Behörde davon aus, auch im Jahr 2012 die gleiche Anzahl von Beschäftigten wie zurzeit zu haben. In den Folgejahren bis 2019 wird sich der Anteil bis auf 57 % erhöhen und erst danach wieder unter die 50 %-Marke fallen.

Selbst eine gezielte Nachersatzsteuerung von lebensjüngeren Beamtinnen und Beamten könnte nur marginal Einfluss auf diese Entwicklung nehmen.

Diese Erkenntnis führte im Dezember 2006 zur Einrichtung des Projektes „Gestaltung des demografischen Wandels in der Kreispolizeibehörde Borken“.

Wie stellt sich die Situation aus derzeitiger Sicht dar?

Der Anteil der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten in der Kreispolizeibehörde Borken, die im Jahr 2012 das fünfzigste Lebensjahr vollendet haben,

lässt sich durch die Versetzung jüngerer Beamtinnen und Beamten in die KPB Borken nicht reduzieren.

Mit dem hohen Anteil älterer Polizistinnen und Polizisten verfügt die Kreispolizeibehörde Borken über ein unschätzbare Erfahrungspotential.

Die Kompetenzen dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt es zu nutzen und zu fördern. Gleichzeitig ist jedem bewusst, dass der Polizeidienst körperliche Anfor-

derungen und Belastungen abverlangt, die auch durch Erfahrung nicht vollständig ausgeglichen werden können.

Ein Abwarten bis zum Jahr 2012 darf es nicht geben. „Heute“ müssen die Anstrengungen und Überlegungen getroffen werden, um für das Problem von „Morgen“ gewappnet zu sein.

Bei dem Erarbeiten von Lösungen, welche die Funktionsfähigkeit der Kreispolizeibehörde Borken auch über das Jahr 2012





gewährleisten, sind vorrangig Fragen hinsichtlich der Personalplanung und -verwendung sowie einer optimalen Organisationsform zu beantworten.

Verkürzt dargestellt: „Wie setze ich ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leistungsgerecht ein?“

Gutes Führungsverhalten und gute Arbeit von Vorgesetzten ist ein elementarer Baustein, den es stetig zu formen gilt. Führung auf allen Ebenen muss die Besonderheiten, Chancen und Risiken der älter werdenden Belegschaft erkennen, zu ihrem Problem machen und heute be-

ginnen zu handeln. Es ist deshalb erforderlich, alle Führungskräfte für dieses Thema zu sensibilisieren und für den Umgang mit älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu qualifizieren. Das Projekt wird deshalb auch Lösungen zum „altersgerechten Führen“ entwickeln.

Aufgaben und Mitglieder

Nebenamtlich arbeiten am Projekt „110 aktiv in die Zukunft“ ausschließlich Angehörige der Kreispolizeibehörde Borken aus unterschiedlichen Organisa-

tionseinheiten. Unterstützt werden sie hierbei durch Frau Dr. von Werden (Polizeiärztin des PP Münster). Darüber hinaus nimmt die KPB Borken das spezielle Beratungsangebot des LAFP und LZPD in Anspruch.

Neben dem Lenkungskreis als Entscheidungs- und Steuerungsorgan bestehen zurzeit sechs Teilprojekte, die sich mit folgenden Aufgaben befassen:

- Gesundheitsvorsorge und -förderung
- Arbeitsplatzgestaltung
- Personalverwendung/
Personaleinsatz
- Öffentlichkeitsarbeit
- Erarbeitung von Funktions-, Stellen- und Befähigungsprofilen
- Standortanalyse

Die Zielsetzung der Projektgruppe

- Lösungen erarbeiten, die die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der Kreispolizeibehörde Borken auch über das Jahr 2012 hinaus gewährleisten und



- das Erarbeiten von Maßnahmen und Angeboten, um die Beschäftigten der Behörde in die Lage zu versetzen, den Anforderungen und Belastungen des Polizeiberufs auch im höheren Lebensalter gewachsen zu sein.

Die verantwortlichen Führungskräfte der Behörde haben erkannt, dass die polizeilichen Aufgaben mit einem Personal, das mehr als zur Hälfte 50 Jahre und älter ist, dauerhaft nur dann sachgerecht zu erfüllen sind, wenn die spezifischen Belange einer unausgewogenen Altersstruktur in der Belegschaft berücksichtigt werden.

Für sich allein betrachtet entfalten einzelne Maßnahmen lediglich begrenzte Wirkung. Deutlich wurde schnell, dass es eine Lösung des Problems durch nur eine Maßnahme nicht gibt. Einzelmaßnahmen müssen wie Bausteine in einem Gesamtkonzept wirken.

Die Maßnahmen des Innenministeriums können hierbei die eigenen Lösungsansätze unterstützen, sie aber nicht ersetzen.

Bausteine

Eine Altersstrukturanalyse stellt die Grundlage aller weiteren Überlegungen dar!

Um feststellen zu können, wo das Problem der Altersstruktur in der KP Borken am größten ist, musste zuerst eine Analyse aller demografischen Daten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeführt werden.

Dazu wurde in der Behörde ein Auswertetool auf der Basis einer Excel-Datei entwickelt. Mit Hilfe dieser Excel-Anwendung bestehen die unterschiedlichsten Auswertemöglichkeiten. Hiermit ist es möglich, detailliert Szenarien der demografischen Entwicklung in der KP Borken

abzubilden, bis in einzelne Basisdienststellen und Funktionsbereiche. Mit diesem Tool kann fortlaufend die organisations- und funktionsbezogene Altersstruktur der Behörde aktuell abgebildet werden. (Hinweis: Nähere Informationen hierzu erhalten Sie beim LAFP NRW, Dezernat 31)

hörde Borken werden in den verschiedenen Teilprojekten erarbeitet.

Das **Teilprojekt 1** hat die Aufgabe, ein Konzept zur Aufrechterhaltung eines allgemeinen, positiven Gesundheitszustandes zu entwickeln. Die Beschäftigten sollen ihre zugeschriebenen Funktionen





und Aufgaben auch zukünftig bewältigen können.

Im **Teilprojekt 2** sollen u.a. alternative Arbeitsmodelle entwickelt werden. Wie diese Modelle dann auf die Kreispolizeibehörde Borken übertragbar sein werden, gilt es in einem zweiten Schritt zu prüfen. Daneben wird die ergonomische, altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung/-ausstattung in allen Bereichen (auch WWD) einen Hauptaufgabenbereich des Projektes darstellen.

Eine Aufgabe des **Teilprojektes 3** ist es, altersgerechte Dienstzeitmodelle zu entwickeln.

Das **Teilprojekt 4** leistet durch interne Öffentlichkeitsarbeit und Planung entsprechender Veranstaltungen seinen Beitrag dazu. Die dazu bisher angebotenen Veranstaltungen stießen alle auf eine breite Resonanz. Die Projektmitglieder sind sich einig, dass der Erfolg des Projektes unter anderem davon abhängig ist, in wie weit es gelingt, die Führungs-

kräfte, aber ganz besonders die Beschäftigten, mitzunehmen.

Das **Teilprojekt 5** beschäftigt sich mit Funktions-, Stellen- und Befähigungsprofilen. Dazu werden zuerst die Tätigkeiten für den Wach- und Ermittlungsdienst innerhalb der Kreispolizeibehörde Borken erhoben. Die daraus resultierenden Belastungen werden ebenfalls erfasst. Unter Einbeziehung dieser Erhebungsergebnisse werden dann Stellenprofile für die Behörde erarbeitet.

Das **Teilprojekt 6** wird eine Standortanalyse durchführen, die sich mit der zu erwartenden demografischen Entwicklung des Kreises Borken und der damit einhergehenden Verkehrs-, Einsatz- und Kriminalitätsentwicklung befasst.

„110 aktiv in die Zukunft“, die Auftaktveranstaltung

Ein Baustein der Öffentlichkeitsarbeit nach Innen sind hierbei Veranstaltungen, die vor allem den Führungskräften das

Wissen über den demografischen Wandel vermitteln aber insbesondere auch das Interesse an den persönlichen Chancen eines jeden einzelnen wecken sollen.

Dass großes Interesse bei den Kolleginnen und Kollegen an diesem Projekt vorhanden ist, bewies die Auftaktveranstaltung am 30. August letzten Jahres. Annähernd 100 Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung des Behördenleiters, Landrat Gerd Wiesmann, ins Schloss Raesfeld gefolgt.

Am Vormittag zog Universitätsprofessor Dr. phil. Dr. med. Michael Kastner die Zuhörer über mehrere Stunden in seinen Bann.

Beruf und Familie, Arbeit und Freizeit miteinander verbinden – geht das? Dr. Kastner lieferte dazu die bejahende Antwort. Der O-Ton eines Kollegen „Dem hätte ich den ganzen Tag zuhören können!“ bringt die Qualität des Vortrags zum Thema „Work-Life-Balance“ auf den Punkt. Aufgeteilt in drei Gruppen konnten die Teilnehmer nach dem Mittag Erfahrungen sammeln in den altersgerechten Sportarten „Pilates“, „Tai-Chi“, „Asia-Gym“ und beim „Nordic-Walking“. Alle beteiligten Kolleginnen und Kollegen waren begeistert bei der Sache.

Fazit: Die Auftaktveranstaltung lieferte viele Impulse dafür, die Gesundheitsvorsorge in die eigenen Hände zu nehmen.

Gesundheits- und Fitnessstest

Die Deutsche Sporthochschule Köln beteiligte die KPB Borken an der bundesweiten Studie über den Zusammenhang zwischen arbeitsrelevanten Leistungsparametern, körperlichen Aktivitäten und Lebensgewohnheiten.

In der Zeit vom 26. bis 28. Februar sowie am 4. und 5. März dieses Jahres machten

an zwei Standorten insgesamt 175 männliche und 16 weibliche Beschäftigte von dem Angebot Gebrauch. Erfreulich war, dass aus allen Funktionsbereichen eine

zur Arbeit, der Arbeitszeit, dem Schichtsystem, zu Schlaf und Ernährung und dem Freizeitverhalten gemacht bzw. beantwortet werden mussten, fand auch

Jedem Teilnehmer wurde am Ende eine Ergebnisdokumentation seines persönlichen Tests zur Verfügung gestellt. Neben den persönlichen Erfahrungen und Auswertungen für jeden Einzelnen bilden die Daten eine hervorragende Grundlage, zielgerichtete Maßnahmen der Gesundheitsförderung zu entwickeln. Die Deutsche Sporthochschule Köln wird das Ergebnis der Testreihe in einer Veranstaltung in der Kreispolizeibehörde Borken präsentieren.

Fazit: Der bisher eingeschlagene Weg in der Kreispolizeibehörde Borken ist ein Anfang.

Sie möchten mehr wissen über das Projekt? Besuchen Sie uns auf der Intranetseite der Kreispolizeibehörde Borken.

*Für das Teilprojekt 4,
Öffentlichkeitsarbeit, Dieter Hoffmann*

„Wir müssen unsere Zukunft selbst gestalten. Aktiv mitmachen und die vielfältigen Angebote des Projektes und der Behörde nutzen, das kann allerdings nur jeder für sich persönlich.“

Alfred Bernitzke, Leiter GS Borken

ausgewogene Anzahl von Teilnehmern an der Untersuchung teilnahm.

Die Kolleginnen und Kollegen füllten einen Profil-Fragebogen aus, standen den sympathischen Mitwirkenden der Sporthochschule Köln Rede und Antwort und führten Leistungstests durch. Alle Daten wurden anonymisiert für wissenschaftliche Auswertungen erhoben.

Neben dem Profil-Fragebogen, in dem spezielle Angaben zur Gesundheit/den Erkrankungen sowie allgemeine Fragen

eine Überprüfung des individuellen körperlichen Leistungsvermögens statt. Eine Befragung zu den Lebensgewohnheiten ließ die Erstellung eines individuellen Profils zu. Dazu gehörten folgende Tests:

- Körpervermessung
- Muskelkraftanalysen
- Lungenfunktionstest
- Gleichgewichtsfähigkeit
- Hörtest



Innovativer Neubau

Alle Mitarbeiter in Zukunft unter einem

„Für mich ist wichtig, dass das polizeilich wichtige Landeskriminalamt eine räumlich-logistisch gute Unterbringung bekommt“, stellte Innenminister Dr. Ingo Wolf fest. Der Direktor des Landeskriminalamtes NRW, Wolfgang Gatzke, freute sich, dass erstmalig in der Geschichte alle Mitarbeiter des LKA unter einem Dach arbeiten werden und stellte fest: „Der Neubau ist auf unsere Bedürfnisse für ein modernes und innovatives Landeskriminalamt zugeschnitten.“

Bevor der erste Stein für den Neubau gelegt werden konnte, wurde zunächst ein kupferner Zylinder mit einer Urkunde zur Grundsteinlegung, aktuellen Tageszeitungen, Geldmünzen, Bauplänen, Informationen über das LKA sowie einem Blatt mit Fingerabdrücken von Wolfgang Gatzke und seinen Vorgängern, die bereits an den Neubauplänen beteiligt waren, gefüllt. Der Zylinder fand seinen Platz unter dem Grundstein des Neubaus.

Das neue Dienstgebäude wird aus einem fünfgeschossigen Gebäudeteil, in dem

das Kriminalwissenschaftliche und -technische Institut untergebracht wird, und einem sechsgeschossigen Bürotrakt bestehen. Beide Gebäudeteile werden durch einen zentralen Eingangsbereich und über eine Magistrale miteinander verbunden sein.

Eines von den ursprünglich zwei im Jahre 1970 in Betrieb genommenen alten Gebäuden wurde zusammen mit dem alten Schulministerium abgerissen, um für den Neubau Platz zu machen. Die teilweise

beengten Raumverhältnisse, die schlechte Bausubstanz, unzureichende Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen Laborbetrieb und die räumliche Aufteilung des LKA auf insgesamt zehn Gebäude in Düsseldorf und Neuss mit reichlichem Organisationsaufwand und deutlichen Synergieverlusten führten letztlich im November 2004 zur Einrichtung des Projektes „Neubau LKA“.

Bereits im Dezember 2005 wurde, nach der Erarbeitung eines Raumprogramms,



So soll das neue LKA-Dienstgebäude aussehen. Links: Ein erster Blick in den Eingangsbereich. Zeichnungen: Gattermann + Schossig, Architekten

für modernes LKA

Dach an der Vöklinger Straße

zwischen dem LKA und der BLB-Niederlassung Düsseldorf ein Vorvertrag abgeschlossen. Ziel: Errichtung eines neuen zentralen LKA-Dienstgebäudes.

Im Herbst 2006 begann der BLB gemeinsam mit der Projektgruppe Neubau und mit Unterstützung des LZPD die Erarbeitung einer sehr umfangreichen Funktionalen Leistungsbeschreibung. Diese diente als Grundlage für das noch im Dezember 2006 gestartete EU-weite Wettbewerbsverfahren. Vor allem die Labore des KTI, die Tatort-

gruppe „Sprengstoff/Brand“ und die bauliche Sicherung der Anti-Terror-Datei sind mit besonderen Anforderungen verbunden. Das EU-weite Wettbewerbsverfahren endete schließlich im Oktober 2007 mit der Unterzeichnung des Bauvertrags

zwischen dem BLB und der HOCHTIEF Construction AG. Im November 2009 soll nach nur 18-monatiger Bauzeit das neue zentrale Dienstgebäude des LKA in Betrieb genommen werden.

RD Rainer Berson, LKA NRW

Der Grundstein ist gelegt (v. l. n. r.):

Heiner Helbig, BLB; Innenminister

Dr. Ingo Wolf; Wolfgang Gatzke,

Direktor des LKA NRW; Hans Gerd

Böhme; BLB-Niederlassung Düsseldorf; Rolf Krähmer, Geschäftsführer

BLB NRW; im Hintergrund der

Bauleiter), Foto: LKA NRW



Waffenrecht aktuell – 1. WaffRÄndG

Wichtige Infos für den Wachdienst

Mit In-Kraft-Treten des 1. WaffRÄndG zum 1. April 2008 wurde das Waffengesetz (WaffG) umfangreich reformiert. Zwischenzeitig in der Anwendung des Waffenrechts zutage getretene punktuelle Lücken, Schwachstellen und Unklarheiten sollen durch das Änderungsgesetz beseitigt werden. Weiterhin sollen internationale Anforderungen, wie z.B. die EU-Spielzeugrichtlinie, umgesetzt werden.

In dieser Ausgabe sollen die für den Wachdienst relevanten Änderungen kurz vorgestellt werden.

Verbot des Führens von Anscheinswaffen und bestimmter tragbarer Gegenstände

Der neu eingefügte § 42a WaffG verbietet das offene und verdeckte Führen von Anscheinswaffen, bestimmten Messern und von Hieb- und Stoßwaffen in der Öffentlichkeit.

Der Begriff der Anscheinswaffen orientiert sich hierbei nicht mehr am Erscheinungsbild von Kriegswaffen, sondern

allgemein am Erscheinungsbild von Feuerwaffen, so dass u. a. – mit Ausnahme erkennbarer Spielzeuge – alle Imitate von Kurz- und Langwaffen gleichermaßen erfasst sind.

Während im Absatz 1 das grundsätzliche Führungsverbot der genannten Gegenstände normiert ist, regeln die Absätze 2 und 3 die für den Alltag erforderlichen Ausnahmen, um den sozialadäquaten Gebrauch der Gegenstände – z. B. für Picknick, Haushalt oder Garten – insbesondere der vom § 42a WaffG erfassten Messer, nicht durch das Führungsverbot zu beeinträchtigen.

Die Ahndung erfolgt als Ordnungswidrigkeit.

Geschossspielzeug – Heraufsetzung der Energiegrenze auf 0,5 Joule/Wegfall der Begrifflichkeit der getreuen Nachahmung

Die bisherige Fassung des WaffG hatte an das durch die EU geprägte Spielzeugrecht zwei Anlehnungen getroffen; zum Einen die Geschossenergiegrenze von 0,08 Joule und zum Anderen den Begriff der getreuen Nachahmung. Die Verzahnung von nationalem Waffenrecht und europäischem Spielzeugrecht führte jedoch aufgrund differenzierter Auslegung der Geschossenergiegrenzen und der Begrifflichkeit der getreuen Nachahmung zu einem unüberwindbaren Konflikt. Um die Kompatibilität der Rechtsmaterien zu gewährleisten, wurde die maximale Geschossenergiegrenze für Geschossspielzeuge

i. S. d. WaffG wieder auf 0,5 Joule festgesetzt und die Begrifflichkeit der getreuen Nachahmung ersatzlos gestrichen.

Verbotene Waffen – Präzisierung/Erweiterung von Verbotseigenschaften

Distanz-Elektroimpulsgeräte (sog. Air-Taser)

Seit dem 1. April 2008 unterliegen Distanz-Elektroimpulsgeräte einem Umgangsverbot. Die Air-Taser waren nach Auffassung des Gesetzgebers zu verbieten, da sie gegenüber herkömmlichen Elektroschockern eine objektive und subjektive erhöhte Gefährlichkeit aufweisen. Die Hemmschwelle ihres (missbräuchlichen) Einsatzes ist wegen der Möglichkeit, aus einer gewissen Entfernung, also ohne eine unmittelbare Nahkampf-Situation, und mit ferngesteuerter Auslösung zu agieren, herabgesetzt.

Springmesser

In Bezug auf das so genannte „Taschenmesserprivileg“ bei Springmessern, die das grundsätzliche Umgangsverbot entfallen lässt, werden die in der Praxis schwer ausfüllbaren Merkmale der Mindestklingenbreite und des zur Schneide hin verjüngten, durchgehenden Klingentrückens gestrichen.

Vom Umgangsverbot für Springmesser befreit sind somit Springmesser, mit seitlich aus dem Griff austretender Klinge, wenn der aus dem Griff herausragende Teil der Klinge höchstens 8,5 cm lang und nicht zweiseitig geschliffen ist.



Nun verboten: Air-Taser

Vorderschaftsrepetierflinten (sog. Pump-Guns)

Die Verbotmerkmale für Vorderschaftsrepetierflinten wurden präzisiert und erweitert. So sind dem Sinn der Verbotsnorm entsprechend kurze und daher verdeckt zu führende Pumpguns zu verbieten, nun auch ausdrücklich solche mit geringer Länge – Lauflänge beträgt weniger als 45 cm oder die kürzeste Verwendungsmöglichkeit der Waffe liegt unter 95 cm – verboten.

Kleinkalibrige Kurzwaffen für Zentralfeuermunition

Einem Umgangsverbot unterliegen nun auch mehrschüssige Kurzwaffen für Zentralfeuermunition im Kaliber unter 6,3 mm, wenn deren Baujahr nach dem 1. Januar 1970 liegt und der Antrieb der Geschosse nicht ausschließlich durch den Zündsatz erfolgt. Das Umgangsverbot mit diesen Schusswaffen dient dem Schutz von Polizeibeamten, weil die eingesetzte Munition insbesondere in der Lage ist, polizeiliche Schutzwesten zu durchschlagen.

Wechsel- und Austauschläufe, Wechseltrommeln – Eintragungspflicht

Aus dem Wortlaut des bisherigen Waffengesetzes war zu entnehmen, dass Wechsel- und Austauschläufe sowie Wechseltrommeln, die kleineren Kalibers als das der Grundwaffe waren, nicht eintragungspflichtig waren. Dies hat in der Vergangenheit vereinzelt – z. B. anlässlich von Fzg.-Kontrollen – zu Maßnahmen geführt, da aufgrund des fehlenden Eintrages in die Waffenbesitzkarte (WBK) vor Ort der Verdacht des illegalen Waffenbesitzes entstand. Nunmehr ist der Erwerb einer der genannten Gegenstände

innen 2 Wochen in eine vorhandene WBK eintragen zu lassen. Vor dem 1. April 2008 erworbene Wechsel- und Austauschläufe sowie Wechselsysteme sind bis zum 1. Oktober 2008 in die vorhandene WBK eintragen zu lassen.



Vom Führungsverbot erfasst: Soft-Air-Waffen

Darüber hinaus ergeben sich durch das 1. WaffRÄndG weitere relevante Änderungen in u. a. folgenden Vorschriften des WaffG:

§ 14 – Waffenbesitzkarte für Sportschützen

§ 20 – Erben-Waffenbesitzkarte

§ 24 – Kennzeichnungspflicht für Waffenhändler/-hersteller

§§ 30 bis 33 – Mitnahme und Verbringen von Waffen

§ 34 – Mitteilungspflichten des Waffenhändlers

§ 37 – Mitteilungspflichten

§ 45 – Rücknahme und Widerruf

Anlage 1 – Transport erlaubnispflichtiger Schusswaffen

Anlage 2 – Umbau erlaubnispflichtiger Schusswaffen

Den Kollegen mit Interesse am Waffenrecht aus der Zielgruppe Wachdienst bietet das LAFP NRW, im Bildungszentrum

„Carl Severing“ Münster, die zweitägige Fortbildungsveranstaltung „Waffenrecht im täglichen Dienst“, Schl.-Nr. 171407-003-03-10, an. Darin werden die für die Zielgruppe relevanten waffenrechtlichen Problemstellungen thematisiert. Ebenso

werden dort auch die aktuellen Änderungen weiter ausgeführt.



Vom Führungsverbot erfasst: Gebrauchsmesser mit einer feststehenden Klinge über 12 cm Klingenlänge

**PHK Andreas Schramm LAFP, Dezernat 32
Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten,
Organisationsentwicklung
Tel.: 07-671-313 o. 0251-7795-313
Email: andreas.schramm@polizei.nrw.de**

**Waffenrecht im Intranet:
<http://lv.im.nrw.de/produkte/waffenrecht>**

Ältere Menschen als Kriminalitätsopfer

Neue Konzeption gegen perfide Täter

Viele Seniorinnen und Senioren bewältigen heute ihren Alltag allein, obwohl sie oft unter Bewegungseinschränkungen oder Hör- und Sehbehinderungen leiden. Auch das Gedächtnis funktioniert häufig nicht mehr so wie in jungen Jahren. Die erwachsenen Kinder sind weggezogen und möglicherweise sind neben dem Ehepartner schon viele Freunde und Bekannte verstorben. Daher sind ältere Menschen oft für Hilfen durch andere Menschen sowie ein wenig Zeit für ein Gespräch dankbar.

Diese Einschränkungen und Bedürfnisse älterer Menschen nutzen spezialisierte Straftäter gezielt aus. Aus einem erfindenen Anlass nehmen sie auf der Straße, an der Haustür oder am Telefon Kontakt zu ihren späteren Opfern auf. Dabei nutzen sie deren Hilfsbereitschaft gegenüber vermeintlichen Verwandten/Bekanntem, aber auch die schlichte Hilflosigkeit der älteren Leute gegenüber der Dreistigkeit der Täter schamlos für Betrügereien oder Diebstähle aus. Die häufigsten Maschen der Straftäter sind hierbei:

- Zetteltrick und seine Abwandlungen (Glas-Wasser-Trick, Einkaufstasche tragen und weitere)
- Enkeltrick
- Teppichbetrug
- falsche oder betrügerische Handwerker, Wasserwerker, Vertreter, falsche Polizeibeamte, Bankangestellte, Finanzbeamte, Krankenschwestern oder -pfleger

Die Straftäter sind überregional unterwegs und begehen ihre Taten gewerbs- und bandenmäßig. Sie variieren ihr Vorgehen nach den Umständen des Einzelfalles. Oft werden den Opfern dabei erhebliche Vermögenswerte entzogen. Die Auswirkungen einer solchen Straftat auf die psychische und teilweise sogar körperliche Verfassung der Opfer, vor allem wenn ihr Vertrauen in die vermeintlich sicheren eigenen vier Wände nachhaltig zerstört wird, unterschätzen Unbeteiligte häufig.

Indem sie polizeiliche Maßnahmen gezielt unterlaufen, gelingt es den regelmäßig sehr erfahrenen Straftätern häufig, unerkannt zu bleiben oder zumindest die Gewerbsmäßigkeit ihres Vorgehens zu verschleiern. Ihre hohe Mobilität und die vielfach unsicheren Zeugenaussagen ihrer Opfer führten dazu, dass Serientaten häufig nicht nachgewiesen werden konnten.

Polizei setzt auf weitere Spezialisierung

Mit der Zentralisierung und Spezialisierung von Ermittlungen bei Einzeltricktaten im Februar 2006 wurde bereits ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation unternommen. Mit seinem Erlass vom 14. März 2008 hat das Innenministerium u. a. eine zentrale Sachbearbeitung „SÄM-ÜT“ (Straftaten z. N. älterer Menschen mit überregionaler Tatbegehung) für alle Straftaten eingerichtet, die die folgende Definition erfüllen:

„Straftaten gegen ältere Menschen (in der Regel über 60 Jahre), sind Straftaten, die

- erfahrungsgemäß von überregional agierenden Tätern oder Tätergruppen begangen werden,
- die ihre Taten im häuslichen Umfeld der Opfer anbahnen oder durchführen und dabei
- die mit zunehmendem Alter vielfach steigende Opfer-Disposition (aufgrund von Vereinsamung, körperlichen und/oder geistigen Leiden) gezielt ausnutzen.“

Das Landeskriminalamt hat mit den spezialisierten Sachbearbeitern am 3. Juni 2008 eine Dienstbesprechung durchgeführt und dabei erste Abstimmungen für die künftige überregionale Zusammenarbeit getroffen. Themenbezogene Fortbildungen werden folgen.

Überregionalen Tätern mit überregionalem Informationsaustausch begegnen

Eine auf maßgebliches Betreiben des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen eingerichtete INPOL-Falldatei „SÄM-ÜT“ ermöglicht es den spezialisierten Sachbearbeitungen in kürzester Zeit bundesweit Zusammenhänge zwischen Straftaten und Tätern, deren regelmäßige Aufenthaltsorte und typische Verhaltensweisen zu recherchieren. Damit wird in vielen Fällen auch die Gewerbsmäßigkeit des Täterhandelns zu belegen sein. So wird eine wesentliche Voraussetzung für

eine angemessene strafrechtliche Würdigung der Taten durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte geschaffen.

Möglichkeiten der Kriminalprävention nutzen

Die Kriminalprävention zielt darauf ab, die Seniorinnen und Senioren – auch durch Multiplikatoren – über häufige Tatbegehungsweisen zu informieren und ihnen Verhaltenstipps zu geben. Die potenziellen Opfer sollen so die Maschen der Betrüger, die sich ihre Hilfsbedürftigkeit oder Hilfsbereitschaft zunutze machen, als mögliche Betrugs- und Diebstahlshandlungen erkennen und „sicher reagieren“ können. Die Kreispolizeibehörden führen beispielsweise im Rahmen gemeinsamer Initiativen mit Kommunen, Arbeitskreisen der Seniorenhilfe sowie privaten Vereinen „Sicherheitstrainings für Senioren“ durch. Empfehlungen zur Nachbarschaftshilfe stellen einen weiteren Schwerpunkt der Beratung dar: Die gegenseitige Aufmerksamkeit soll das Eindringen in die Wohnung durch Unberechtigte erschweren und den älteren Menschen die Möglichkeit geben, sich gegenüber den häufig dreist agierenden Tätern Hilfe und Unterstützung holen zu können.

Hinsichtlich des Enkeltricks konnte über die Information und Sensibilisierung der Angestellten von Geldinstituten (z. B. mit Präventionsplakaten und -Flyern) erreicht werden, dass sie beim Abheben von höheren Geldbeträgen durch ältere Menschen gezielt nachfragen, um im Fall des Falles Schaden von den Opfern abwenden zu können.

Die Broschüre „Goldener Herbst“ des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) enthält Verhaltenshinweise zu diesen und weiteren Tathandlungen. Sie und weitere Präventionstipps sind unter www.polizeiberatung.de/rat_hilfe/opferinfo und auf den Internetseiten des Landeskriminalamts (<http://www.polizei-nrw.de/lka/Vorbeugung/Themen/Senioren/>) abrufbar.

Erlass IM NRW 42 – 62.17.02 vom 14. März 2008 „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen mit überregionaler Tatbegehung“ (SÄM-ÜT)

Ansprechpartner:

Michael Hadzik 0211/939-3120

Gabriele Ortmann 0211/939-3127

33-Sachgebiet312.LKA@polizei.nrw.de



Mit Radstreifen auf neuen Wegen

Hamm: Weniger Verkehrsunfälle mit Radfahrern durch neue Polizeistrategie

Mit einer neuen Strategie geht die Polizei in Hamm erfolgreich gegen die gestiegenen Unfälle mit Radfahrern in der Stadt vor. Im Jahr 2005 verletzten sich noch 250 Radfahrer. Das war jedes vierte Unfallopfer. Im Jahr darauf gab

es nur noch 209 verunglückte Radfahrer, 16,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Auch, wenn 2007 wegen mehr Radfahrern in der Stadt die entsprechende Unfallzahl

wieder auf 233 anstieg, setzt die Polizei in Hamm weiter auf ihr spezielles Verkehrssicherheitskonzept, zum dem wesentlich der besondere Einsatz der Radstreife „RADIS“ (Radstreife in der Stadt) gehört.



Jürgen Froese erläutert den Radfahrern vor Ort Gefahrenstellen

Die bereits einige Jahre bestehende „RADIS“ sollte ursprünglich vor allem mit mehr „Knöllchen“ den Druck auf „wilde“ Zweiradfahrer massiv erhöhen. Immer wieder hörten die Radstreifen aber dabei Aussagen wie: „Das habe ich nicht gewusst!“ oder „Wer sagt uns denn so etwas!“. Viele Radfahrer kannten offensichtlich die für sie geltenden Verkehrsregeln nicht ausreichend. Und in der lokalen Presse erschienen dann Leserbriefe, die das „Abzocken von Radfahrern durch die Polizei“ beklagten. Das Polizeipräsidium Hamm entschloss sich, mit mehr Information und Aufklärung neue Wege zu gehen.

Auf der Internetseite des Polizeipräsidiums Hamm wurde die „RADIS“-Rubrik hervorgehoben und die Radstreifen-Aktivitäten aktuell dargestellt. Presseartikel über und Interviews mit den „RADIS“-Beamtinnen und Beamten in den lokalen Medien informierten die Bürger. Es gab sogar eine ZDF-„Länderspiegel“-Reportage über die „RADIS“-Arbeit. Außerdem bot das Polizeipräsidium im Frühjahr 2007 einen „Chat im Internet“ an, um vor allem mit jugendlichen Verkehrsteilnehmern ins Gespräch zu kommen. Im Lichthof des Polizeipräsidiums informiert eine Fahrrad-Dauerausstellung. Neben grundsätzlichen Sicherheitsinformationen wird dort lokalen



Team Radstreife der Polizeihauptwache Hamm

Fahrradhändlern wechselnd Ausstellungsraum bereit gestellt, damit sie nützliche Ausstattungsgegenstände für das Fahrrad präsentieren können.

Seit Januar 2007 werden von der Polizei in Hamm bürgernahe Radfahrerschulungen angeboten. Ihr wesentlicher Bestandteil sind die aktuellen Vorschriften der StVO und StVZO, die für Radfahrer von Bedeutung sind. Im Sommer 2007 gab es dann die erste „Gewöhnungsfahrt mit der Radstreife“. Auf den verschiedenen Touren in kleinen Gruppen werden zweiwöchentlich gezielt Gefahrenstellen für Radfahrer angefahren und dort über den sicheren Umgang mit dieser Situation diskutiert. Und dabei lernte auch die Polizei dazu, weil so mancher Kritikpunkt an der baulichen Ausgestaltung der Radwege deutlich wurde. Viele Anregungen wurden zwischen-

zeitlich durch die Polizei an die örtliche Bauverwaltung weitergeleitet.

Jürgen Froese, Polizeioberkommissar und „RADIS“-Teamleiter, zieht eine insgesamt gute Zwischenbilanz der Hammer Verkehrssicherheits-Strategie: „Alles in allem bleibt festzustellen, dass unsere Maßnahmen und Angebote erheblich zur Verkehrssicherheit der Radfahrer beitragen. Die verschiedenen Aktivitäten der Radstreife haben das Verhältnis der Radfahrer zur Polizei wesentlich verbessert.“

**Weitere Informationen im Internet unter: www.polizei-hamm.de
Teamleiter Jürgen Froese ist per eMail erreichbar unter: juergen.froese@polizei.nrw.de**

Neues Konzept in der Spurensicherung

Der Zentrale Erkennungsdienst der Kreispolizeibehörde für den Rhein-Erft-Kreis

Bereits 2001 hat das Innenministerium Nordrhein-Westfalen mit neuen Vorgaben weitere Qualitätsverbesserungen in der Arbeit der 29 Landratsbehörden gefordert. Die Kreispolizeibehörde des Rhein-Erft-Kreises in Hürth modernisierte darauf ihre Spurensuche und -sicherung. So wurde im Juli 2005 ein Zentraler Erkennungsdienst (ZED) mit zehn Polizeibeamten und Angestellten aus der Taufe gehoben, der effektivere Arbeit in diesem Bereich möglich macht.

Der ZED der KPB Rhein-Erft-Kreis hat sich seit seiner Einführung bereits mehrfach bewährt. „Die zentrale Struktur mit drei Außenstellen in Kerpen, Bergheim und Brühl sowie die Entscheidung zugunsten moderner Labortechnik führen zu einer qualitativ deutlich verbesserten Spurensicherung“, erläutert Peter Sandler, der Leiter des zuständigen Kommissariats. An Tatorten im Rhein-Erft-Kreis konnten seit der Einführung des ZED mehr Spuren gesichert und ausgewertet werden. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreispolizeibehörde haben sich die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessert.

Mit dem Aufbau der drei ZED-Außenstellen recht schnell auf, dass die Fahrzeugausstattung veraltet und unzureichend war. Daher wurden nach und nach insgesamt vier Renault Kangoo im Gesamtwert von 44.000 Euro angeschafft,

so dass die notwendige Einsatzrüstung seitdem unproblematisch transportiert werden kann.

Außerdem musste das Erkennungsdienstlabor in Hürth für die zusätzlichen Aufgaben besser ausgestattet werden. Für die Sicherung von Fingerabdrücken auf

saugenden Spurentägern wie etwa auf Papier im Jod-Ninhydrin-Bedampfungsverfahren war neue Technik erforderlich. Ein neues mobiles Spurensicherungsgerät der Firma Voigtländer ermöglicht nun bei deutlich geringeren Betriebskosten, daktyloskopische Spuren zu sichern, ohne vorhandene DNA-Spuren wie zum Beispiel





auf Klebeflächen von Briefumschlägen zu zerstören. Im alten Labor konnten außerdem Feinstäube bei der Spurensicherung im Russpulververfahren nur unzureichend herausgefiltert und abgeführt werden. Deswegen wurde ein mobiler Spurensicherungsarbeitsplatzes der Firma Voigtländer angeschafft. Insgesamt kosteten beide Geräte gut 14.000 Euro. Peter Sandler: „Die Investition hat sich sowohl für die Qualität der Arbeit, als auch der Arbeitsbedingungen gelohnt.“ Außerdem investierte die Kreispolizeibehörde 5000 Euro in moderne Fototechnik, sodass sich die Gesamtinvestitionen durch die ZED-Einführung auf 63.000 Euro summierten.

Die drei ZED-Außenstellen führten anfangs jeweils ihr eigenes elektronisches Spurentagebuch. Die Daten aus diesen Büchern mussten dann aber zur lückenlosen Dokumentation nochmals in einem zentralen Tagebuch erfasst werden. Seit

Januar 2006 werden mithilfe einer neu entwickelten Software alle Spuren in einem zentralen, computerunterstützten Spurentagebuch dokumentiert. Mit der Software kann komfortabler erfasst und recherchiert werden, sie protokolliert die jeweiligen Vorgänge chronologisch und bietet zahlreiche Druckvorlagen, durch die sich der tägliche Büroaufwand reduziert hat. Die konzeptionellen Überlegungen für diese Software könnten eventuell demnächst auch in eine landeszentralen Anwendung einfließen, die dann bei den Erkennungsdiensten, den kriminaltechnischen Untersuchungsstellen und dem Landeskriminalamt landeseinheitlich eingesetzt werden soll. Entsprechendes wird derzeit von der IT-Fachkoordination geprüft. Mit dem elektronischen Tagebuch werden vom ZED auch alle Speichelproben zentral in Hürth verwaltet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienststelle erstellen die Untersuchungs-

anträge für die Durchführung einer molekulargenetischen Untersuchung. Sie steuern die Anträge und deren Ergebnisse an die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter und füttern die Kriminalakten mit den Informationen.

Ende September 2007 wurde ein auf Aktualität ausgelegter Intranet-Auftritt konzipiert, der kürzlich – wenn auch noch im Ausbau befindlich – online gestellt wurde. Dort können die Beamten und Angestellten der Kreispolizeibehörde zukünftig Informationen und Erläuterungen zu den verschiedensten erkennungsdienstlichen Themen finden. Wesentlicher Vorteil der neuen Erkennungsdienststruktur im Rhein-Erft-Kreis ist für Peter Sandler, dass die Sachbearbeiter entlastet wurden: „Sie müssen für die kleinen Tatorte nicht mehr Allrounder sein, sondern können schnell auf ZED-Expertenwissen zurückgreifen.“



35-jährige Beratungskompetenz **Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins** **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** **Neu!** Vorberatung wählbar alles kostenfrei Schnäppchenrate Info: www.ak-finanz.de

DSB BANK und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,- € billige 281,05 € mtl., 70 000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., effektiver Zins 5,99%, auch an Angestellte ab 5 Jahre i.ö.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%. Policendarlehen, anfänglicher effektiver Jahreszins ab 4,99%.

www.ak-finanz.de **AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen** **Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500**
 Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de

Zerplatzte Wassermelone verdeutlicht Gefahren

Polizei im Bergischen Land kämpft gegen Fußgängerunfälle

„Schockeffekt: Polizei überfährt Dummy“, „Gänsehaut bei Polizeiaktion“ oder „Keine Chance für Holger“: Ralf Wentland, Holger Brunner, Thomas Müller und Dieter Latzel konnten mit den Zeitungsschlagzeilen nach ihrer spektakulären Aktion zufrieden sein. Die Verkehrssicherheitsberater des Wuppertaler Polizeipräsidiums, das auch für die Remscheid und Solingen zuständig ist, hatten in den drei bergischen Großstädten auf großen Unfallgefahren für Fußgänger aufmerksam gemacht.

Anhand der Unfalldauswertung von Januar bis Oktober 2007 hatten die Verkehrssicherheitsexperten nämlich festgestellt, dass in ihrem Zuständigkeitsbereich bereits 344 Fußgänger verunglückt waren. Dies bedeutete eine Steigerung um 10,3 Prozent gegenüber 2006. Die Gesamtzahl aller im Straßenverkehr Verunglückten lag im Bergischen Land zwar erfreulicherweise 20 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt. Dort verzeichnete die Statistik aber nur 6,5 Prozent mehr Fußgängerunfälle. Ralf Wentland: „Da wir keine Unfalldbrennpunkte lokalisieren konnten, wollten wir gezielt auf das Verhalten von Fußgängern und Fahrzeugführern im Straßenverkehr einwirken.“

Die Wuppertaler Verkehrssicherheitsberater wollten die Bürgerinnen und Bürger





anschaulich und eindringlich informieren. Daher planten sie gemeinsam mit den kommunalen Ordnungspartnern in den drei Stadtverwaltungen einen öffentlichen Aktionstag unter dem Motto „Riskieren Sie nicht Kopf und Kragen“. Der selbst gefertigte Dummy „Holger“ mit einem Wassermelonen-„Kopf“ stand im Mittelpunkt der Unfall-Demonstrationen auf dafür gesperrten öffentlichen Straßen in den drei bergischen Städten. Die Verkehrssicherheitsberater führten den stauend-entsetzten Passanten und Autofahrern die ungeheure Aufprallwucht vor, mit der ein PKW bei einer Geschwindigkeit von 40 Stundenkilometern auf „Holger“ trifft, der bezüglich des Gewichts und der Größe einem etwa 6-jährigen Kind entsprach. Der Melonen-„Kopf“ zerplatzte dabei mit einem lauten Knall an der Windschutzscheibe.

Ralf Wentland: „Erwartungsgemäß zeigten sich die Zuschauer enorm beeindruckt und es ergaben sich unzählige Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, bei denen die Eindrücke vertieft werden konnten. Ergänzend haben wir Handzettel verteilt,

die grundlegende Informationen für Fußgänger und für Autofahrer enthielten.“

Als weiteren Baustein der neuen bergischen Verkehrssicherheits-Konzeption startete der Verkehrsdienst mit der gezielten Überwachung bezüglich des Fehlverhaltens von und gegenüber Fußgängern. Auch Fußgänger, die die Verkehrssicherheit gefährden, werden verwarnt

und bestraft. Dabei hilft auch der mediale Rückenwind durch den öffentlichen Aktionstag „Riskieren Sie nicht Kopf und Kragen“. Ralf Wentland: „Das Ergebnis der ersten Schwerpunktwoche Fußgängersicherheit zeigt, dass in unserer Region das verkehrsgerechte Verhalten hinsichtlich der Fußgängersicherheit noch großen Nachholbedarf aufweist. Aber: Wir bleiben dran!“

TOP-Finanzierung für Beamte, Angestellte und Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker	Beamtenkredite mit 0,09% Zinsen gibt es nicht!	www.top-finanz.de
→ Beamten-Darlehen		
und Spezialdarlehen mit garantiertem Festzins		12 Jahre 5,50% effektiver Jahreszins 5,88% 20 Jahre 5,99% effektiver Jahreszins 6,57%
Beispiele für 32-jährige Beamtin – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:		
15 000,- € mtl. 137,43 €	25 000,- € mtl. 227,79 €	40 000,- € mtl. 362,47 €
Sie erhalten kostenfreie TOP-Angebote mit unserem Versprechen: Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl des ges. Darlehensprogramms für jeden Zweck – auch zur Ablöse von teuren Krediten oder Kontoüberziehungen (Sofort-Spezial-Darlehen, LV-Darlehen, Ratenkredite oder Baufinanzierungen).		
„ Superzins ab 1,95% “ nominal – effektiver Jahreszins ab 2,34% ab Zuteilung eines neuen Bausparvertrages		
Andreas Wendholt Kapital- und Anlagevermittlung Prälat-Höing-Straße 19 46325 Borken	TEL.-Nulltarif: 0800-3310 332 Telefax: (0 28 62) 36 04 E-Mail: info@top-finanz.de	



Auf Jubiläums-Streife

Zehn Jahre Erfolgsgeschichte des Büros für Ordnung, Schutz und Sicherheit in Paderborn

Feierstunden und Ausstellungen gehören zum Programm vieler Jubiläen. So auch Anfang April in Paderborn, als das B.O.S.S. (Büro für Ordnung, Schutz und Sicherheit) sein 10-jähriges Bestehen feierte. Innenminister Dr. Ingo Wolf besuchte die gemeinsame Anlaufstelle von Kreispolizeibehörde und Ordnungsamt Paderborn. „Ein so erfolgreiches Pilotprojekt, das zum Vorbild für viele andere wurde, verdient besondere Aufmerksamkeit“, lobte der Minister in seiner Rede und verschaffte sich beim Streifengang mit den dienstältesten „B.O.S.S.“-Mitarbeitern ein eigenes Bild vom innerstädtischen Leben und dem Aufgabenfeld der Paderborner Citywache.

Seit zehn Jahren sind in Paderborn Sicherheit und Ordnung untrennbar mit B.O.S.S. verbunden. Heute arbeiten hier

fünf Polizeibeamte und sieben Ordnungsamtsmitarbeiter innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse zusammen. Die Doppelpstreifen in grünen und blauen Uniformen sind aus dem Paderborner Stadtbild nicht mehr wegzudenken.

Mitte der 90er-Jahre waren vermehrt Klagen über die mangelnde Sicherheit in der Innenstadt laut geworden. Das verstärkte Auftreten von Drogenabhängigen und Dealern, die damit verbundene Beschaffungskriminalität, exzessiver Alkoholkonsum, aggressive Betteleien, Vandalismus und Verschmutzungen waren die geschilderten Probleme, so dass sich viele Menschen in der Innenstadt nicht mehr wohlfühlten.

Diese Situation konnte nicht länger hingenommen werden, so dass sich Stadt Paderborn, Kreispolizeibehörde, Geschäftsleute und andere Verantwortungsträger an einem „Runden Tisch“ einfanden, um

gemeinsam nach Lösungen zu suchen – mit einem eindeutigen Ergebnis: Nur eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsbehörde konnte Abhilfe schaffen. So entstand nach fast zwei Jahren Vorbereitungszeit B.O.S.S. als erste gemeinsame Anlaufstelle in Ostwestfalen. Die ständige Präsenz der Fußstreifen in der Innenstadt, ihre wachsamen Augen, ihr konsequentes Vorgehen gegen die Drogen- und Alkoholszene, Platzverweise und Festnahmen führten zu einer deutlichen Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

Objektiv messbar ist die Verbesserung der Sicherheitslage anhand der Zahlen aus dem Jahr 2007: 300 Strafanzeigen, 400 Ordnungswidrigkeiten, 2.000 Platzverweise, 500 Jugendschutzkontrollen sowie 85 Fest- und 380 Gewahrsamnahmen. Geöffnet ist die Anlaufstelle Mo.-Fr.: 09.00 – 20.00 Uhr und Sa.: 08.00 – 16.00 Uhr.

Außergewöhnlicher Gast

Aachener Bischof Mussinghoff informiert sich über Polizeiarbeit in Heinsberg

Über einen außergewöhnlichen Gast freute sich die Kreispolizeibehörde in Heinsberg. Der Aachener Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff informierte sich hier einen Tag lang über die Arbeit der Polizeiseelsorger sowie über die Organisation und die Aufgaben der Polizei. Begleitet wurde der Bischof dabei von Pastoralreferent Mario Schleypen als dem im Kreis Heinsberg zuständigen Polizeiseelsorger und von Georg Küpper, Polizeidekan im Bistum Aachen.

„Dass Sie sich trotz der Fülle von Terminen einen ganzen Tag Zeit nehmen für einen Einblick in die Polizeiarbeit, betrachte ich als ein ganz besonderes Zeichen der Wertschätzung“, betonte



Polizeidirektor Hans-Joseph Rademacher (2.v.r.) begrüßte Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff (3.v.r.) bei seinem Besuch in Heinsberg. Mit dabei Polizeidekan Georg Küpper und Kreisdirektor Peter Deckers (von links) sowie Polizeiseelsorger Mario Schleypen (rechts).

Kreisdirektor Peter Deckers, der den Bischof gemeinsam mit den beiden Abteilungsleitern GS und VL, Polizeidirektor Hans-Joseph Rademacher, und Kreisoberverwaltungsrat Willi Heinrichs begrüßte. Er sei dankbar, dass es Menschen gebe, die Polizeibeamten helfen würden, mit seelischen Problemen umzugehen. „Herr Schleypen weiß sicher oft besser als die Behördenleitung, wo da der Schuh drückt“, lobte er die Unterstützung durch den Polizeiseelsorger.

Im Funkstreifenwagen fuhren der Bischof und seine Begleiter danach zum Gymnasium in Hückelhoven, um hier am Unterricht einer neunten Klasse im Schulprojekt „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ teilzunehmen. Friedhelm Mathieu

vom Kommissariat Vorbeugung informierte die Schüler dabei nicht nur über Drogen und ihre Folgen in gesundheitlicher und in strafrechtlicher Hinsicht. Er führte ihnen die Auswirkungen im Beisein des Bischofs auch mit Hilfe der „Rauschbrille“ im wahrsten Sinne des Wortes praktisch vor Augen. Die Informationen von einem Fachmann erhalten zu haben und nicht von den Eltern – „denen will man das nicht immer glauben“, so ein Schüler – bewerteten die Neuntklässler als positiv an dieser Form des Unterrichts. „Das war ein sehr anschaulicher Unterricht, der sich vom Schulalltag abhebt“, so Bischof Mussinghoff. „Es ist wichtig, dass die Polizei auch von ihrer angenehmen Seite gesehen wird.“

Hinsehen und Handeln!

Innenminister Dr. Ingo Wolf ehrte acht Bürgerinnen und Bürger für ihr couragiertes und selbstloses Helfen.

„Eine ‚Kultur des Hinsehens und Handelns‘ ist wichtig im Kampf gegen Kriminalität und für das Zusammenleben“, sagte Innenminister Dr. Ingo Wolf bei der Verleihung des Preises für Zivilcourage. „Jeder, der hinsieht, muss auch handeln“, betonte der Minister. Wer anderen Menschen in einer Notlage nicht selbst helfen kann, sollte zumindest die Polizei informieren oder auch andere Personen zur Hilfe heranziehen.“

Die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen hatten dem Innenministerium 45 Menschen vorgeschlagen, die sich an dem Motto „Hinsehen und Handeln“ orientierten und in einer gefährlichen Situation besonders besonnen und engagiert verhalten hatten. Eine Jury mit Vertretern des Innenministeriums, des Landeskriminalamtes, des Justizministeriums, der Staatskanzlei und des Weißen Rings wählte die Preisträger aus.

„Es gehört Mut dazu, anderen zu helfen, weil man selbst angegriffen oder verletzt werden könnte“, stellte Innenminister Wolf fest. Dennoch sei Tollkühnheit hier fehl am Platz. Riskantes Einschreiten bei Tätern mit Schusswaffe zum Beispiel erhöhe die Gefahr für das Opfer und den Helfer.

Alle acht Zeugen haben Mut bewiesen und den Kampf gegen die Kriminalität aufgenommen. Durch ihr selbstloses und couragiertes Verhalten verhinderten sie

schlimmere Folgen von Straftaten. Sie sind gute Beispiele und ermutigen andere durch ihr vorbildliches Handeln, es ihnen gleich zu tun.

El Mamoun Moqadem und Kahil Trihi (beide 35 Jahre)

hörten in Aachen die Schreie einer Nachbarin. Beide eilten barfuß bzw. auf Socken bei Regenwetter dem flüchtenden Täter hinterher, der der Nachbarin die Handtasche entrissen hatte. Durch ihre schnelle und selbstlose Hilfe konnte der Täter gefasst und ein zweiter Handtaschenraub geklärt werden.

Alexander Strunk (38 Jahre)

aus Herford griff mutig ein, als vier bis fünf Jugendliche auf einen anderen einschlugen und traten. Dabei wurde das Opfer schwer verletzt. Dem Zeugen gelang es, zwei der Täter bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten. Ohne sein beherztes Einschreiten wäre noch mehr passiert und die Täter wären nicht gestellt worden.

Jakob Mferi (47 Jahre) und Sebastian Funk (24 Jahre)

befanden sich in einer Straßenbahn in Köln, als es passierte: Zwei junge Männer

randalierten und pöbelten dabei eine ältere Frau an. Der 47-jährige Zeuge eilte der Frau zur Hilfe. Unvermittelt schlugen die Täter ihm in das Gesicht und fügten ihm mit einer Bierflasche eine Platzwunde am Hinterkopf zu. Der 24-jährige wollte ebenfalls helfen und wurde auch niedergeschlagen. Die Zeugen konnten weitere Übergriffe auf die Seniorin verhindern und wurden selbst schwer verletzt. Die Täter konnten durch ihre Hilfe festgenommen werden.

Daniela Hoff (43 Jahre)

beobachtete auf einem Feldweg in Krefeld einen geparktes Auto. Sie glaubte die Personen in dem Auto machen ein „Schäferstündchen“. Wenige Meter weiter bemerkte die Zeugin allerdings einen Schultornister neben dem Auto. Sie schlussfolgerte, dass sich ein Kind in dem Auto befinden müsse und lief zur nächsten Straßeneinmündung, um Hilfe zu holen. Sie hielt einen anderen Autofahrer an, der die Polizei informierte. Noch während des Telefonats flüchtete der Beschuldigte in seinem Auto mit hoher Geschwindigkeit und gefährdete dabei zwei unbeteiligte Kinder auf ihren Fahrrädern. Die Zeugin gab das Kennzeichen des flüchtenden Pkw an die Polizei weiter. Der Wagen konnte gestellt und der Täter festgenommen werden. Das Opfer, ein 10-



Geehrt wurden (v. l.): El Mamoun Moqadem, Kahil Trihi, Sebastian Funk, Daniela Hoff, Innenminister Dr. Ingo Wolf, Jakob Mferi, Dirk Andres Bayer und Sascha Gebhardt (nicht auf dem Bild Alexander Strunk)

Foto: Bernd Hegert

jähriges Mädchen, befand sich zu diesem Zeitpunkt noch im Auto des Täters. Der Mann wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

stoppen und festzunehmen. Der 26-jährige Zeuge hatte den flüchtigen Bankräuber fotografiert und übergab diese Fotos

anschließend der Polizei. Dem Beschuldigten konnten vier Banküberfälle nachgewiesen werden.

Dirk Andreas Bayer (44 Jahre) und Sascha Gebhardt (26 Jahre)

halfen bei der Festnahme eines Bankräubers. Der 44-jährige wurde von zwei Seniorinnen auf den Räuber in der Bank in Viersen aufmerksam gemacht. Dieser informierte sofort die Polizei und folgte dem Bankräuber unbemerkt, als dieser in einem dunklen Auto flüchtete.

Den Fluchtweg konnte der Zeuge per Handy an die Polizei weitergeben. So gelang es der Polizei den Täter zu

AUTOKAUF zu TOP-KONDITIONEN

- ▶ Neuwagen
- ▶ Gebrauchtwagen
- ▶ Freizeitmobile
- ▶ Jahreswagen
- ▶ Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!

Informieren Sie sich!
 Ihr Ansprechpartner:
 Kollege Thomas Brockhaus
 Internet: www.fahrzeugkauf.com

(0 22 07) 76 77



Wachwechsel in Krefeld

*Rainer Furth übernimmt das
Polizeipräsidium von Dieter Friedrich*



Eingerahmt von der Linner Burggarde, v. l.: Oberbürgermeister Gregor Kathstede, Dieter Friedrich, Carola Friedrich und Rainer Furth, Innenminister Dr. Ingo Wolf

Der Innenminister wünschte Rainer Furth, dem neuen Polizeipräsidenten von Krefeld, bei der Amtsübergabe eine glückliche Hand bei seinen zukünftigen Aufgaben. Das Amt des Behördenleiters sei ihm ja bereits vertraut, da er seit mehr als sieben Jahren stellvertretender Polizeipräsident in Münster gewesen ist. „Krefeld ist bei ihm in guten Händen.“

Rainer Furth ist 51 Jahre alt und aufgewachsen in der Seidenstadt. Nach dem juristischen Staatsexamen begann sein

beruflicher Werdegang 1991 als Dezerent bei der Bezirksregierung Münster, später wurde er Persönlicher Referent des damaligen Regierungspräsidenten. Seit mehr als sieben Jahren ist er nun Vertreter des Polizeipräsidenten. Er freut sich sehr auf die neue Aufgabe, Polizeipräsident von Krefeld zu werden, gehörte bereits zu seinem Kindheitstraum. Ihm seien sowohl die Zufriedenheit seiner Mitarbeiter wichtig, als auch bestehende Netzwerke zwischen Polizei und anderen Ordnungspartnern zu intensivieren. „Furth

zeichnet sich durch Offenheit und Zielstrebigkeit aus. Er ist erfahren und hat eine hohe soziale Kompetenz“, erklärte Innenminister Dr. Ingo Wolf.

Dieter Friedrich wurde nach 14 Jahren als Polizeipräsident in Krefeld verabschiedet. „Er hat sich besonders um die internationale polizeiliche Zusammenarbeit mit den Niederlanden verdient gemacht“, lobte der Minister. Es gehöre heute hier und dort zum gewohnten Bild, dass deutsche und niederländische Polizisten gemeinsam auf Streife gehen.

Ein Rheinländer in Pristina

Düsseldorfer Rainer Kühn übernimmt verantwortungsvolle Aufgabe für EU im Kosovo

Die Europäische Union hat die Entsendung von mehr als 1.800 Polizei-, Justiz- und Verwaltungsexperten in das Kosovo beschlossen. Der EULEX genannte Einsatz soll die Führung des Kosovo beim Aufbau des Rechtsstaatssystems unterstützen. Als Head of Police hat PD Rainer Kühn die Leitung der Polizei-komponente dieses Friedenseinsatzes im Kosovo mit 1.400 internationalen Polizeibeamtinnen und -beamten, darunter 460 in geschlossenen Einheiten, übernommen.



Rainer Kühn kann hierfür auf Erfahrungen aus seinen Auslandsverwendungen im Rahmen von Friedensmissionen in Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zurückgreifen.

Bereits vor der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 hat die Europäische Union entschieden, innerhalb von 120 Tagen die Zuständigkeiten im Bereich der Rechtsstaatlichkeit von den Vereinten Nationen (UNMIK) zu übernehmen. Ziel der bislang größten Mission der EU ist es, Polizei, Justiz und Verwaltung im Kosovo weiter aufzubauen und eine Unterdrückung der Minderheiten zu verhindern.

Die Schwerpunkte im Polizeibereich liegen bei der Überwachung (Monitoring)

der Kosovo-Polizei sowie in der Bekämpfung der (organisierten) Kriminalität. Neben Beobachtung, Anleitung und Beratung wird die Mission auch

begrenzte exekutive Befugnisse wahrnehmen.

Mit bis zu 180 Polizeibeamtinnen und -beamten der Polizeien der Länder und des Bundes, davon 26 aus NRW, stellt die Bundesrepublik Deutschland das größte Kontingent.

Seit 1999 haben sich mehr als 2.500 deutsche Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, davon rund 400 aus Nordrhein-Westfalen, an der bisherigen Mission im Kosovo, der United Nations Interim Administration Mission in Kosovo – UNMIK, beteiligt. In dieser Zeit wurde der Kosovo-Police-Service – KPS – als neue lokale Kosovo-Polizei mit einer heutigen Stärke von über 7.000 Polizistinnen und Polizisten aufgebaut.

Tauschpartner gesucht!

Polizeibeamtin aus Berlin hat den Wunsch nach NRW zu wechseln. Die Zeit drängt, weil sie im November ihren 40. Geburtstag feiert und anschließend keine Versetzung mehr möglich ist. Die Beamtin ist POM'in und telefonisch unter 0176/23 71 20 59 erreichbar.

Polizeikommissar z. A. im gehobenen Dienst in Hessen tätig, möchte aus privaten Gründen gerne nach NRW (nahe Bielefeld) wechseln. Momentane Tätigkeit: BEPO, II. BPA Lich, jetzt abgeordnet in der PSt Gießen im Streifendienst.

Kontakt: 06404- 808191 oder E-mail: m.k.surfing@web.de.

Besondere Auszeichnungen für TOP-Leistung

Polizeisportlerehrung 2007 in Neuss



Für ihre herausragenden sportlichen Leistungen bei Welt-, Europa- und Deutschen Meisterschaften hat Innen- und Sportminister Dr. Ingo Wolf 51 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte geehrt. „Wir alle wissen, welches Maß an Leistungsbereitschaft, an Zielstrebigkeit und an Selbstdisziplin notwendig ist, die Erfolge zu erringen, für die Sie heute geehrt werden. Sie können mit Recht stolz auf das sein, was Sie erreicht haben. Und ich gebe gerne zu, auch die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen ist stolz darauf“, sagte Wolf bei der Ehrung am 24. 4. 2008 in Rhein-Kreis Neuss.

Im Rahmen der Feierstunde, die die höchste Auszeichnung auf Landesebene für sportlich erfolgreiche Polizeibeam-

tinnen und -beamte darstellt, wurden neun Weltmeisterschaftsteilnehmer (davon drei Titelträger), vier Europameisterschaftsteilnehmer (davon drei Titelträger), ein Europacup-Sieger, vier Deutsche Meister sowie zahlreiche Titelträger und Platzierte bei Europäischen und Deutschen Polizeimeisterschaften sowie Deutschen Polizeicups geehrt.

Besondere Anerkennung fand der Einsatz von Polizeioberkommissar Dietmar Grimoni (Wuppertal). Der Weltmeister im Quadrathlon (Kanu, Schwimmen, Radfahren und Laufen) in der Altersklasse 45 feierte als Begleitung seines 49-jährigen Teampartners Georg Janßen auch den Vizeweltmeistertitel bei der Triathlon-Weltmeisterschaft 2007 in Hamburg – dies in der Wertungsklasse Schwerstsehbehin-

dert/Blind.

Folgende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurden zum „Sportler des Jahres 2007“ ernannt:

„Polizeisportlerin des Jahres 2007“ wurde zum vierten Mal nach 2002, 2003 und 2005 Polizeikommissarin Yvonne Frank vom Polizeipräsidium Köln. Die Hockey-Nationaltorhüterin lieferte auch im vergangenen Jahr hervorragende Ergebnisse. Sie ist der Rückhalt ihrer Mannschaft und zeichnet sich durch Qualität und Routine im deutschen Tor aus. Der Gewinn der Europameisterschaft im August letzten Jahres in Manchester war die Krönung des Sportjahres 2007. Weitere Ergebnisse waren ein dritter Platz bei der Cham-

pions-Trophy in Buenos Aires, und jeweils der zweite Platz in der Deutschen Hallenhockeymeisterschaft, in der Deutschen Feldhockeymeisterschaft und beim Europapokal der Pokalsieger.

Zum „Polizeisportler des Jahres 2007“ wurde Polizeikommissar Jörg Niehüser von der Kreispolizeibehörde Soest ernannt. Er ist einer der großen Hoffnungsträger des Deutschen Schützenbundes. Als Mitglied des Nationalkaders nahm er im vergangenen Jahr am Europacup in Pilsen (Tschechien) in der Disziplin Großkaliber Liegendkampf teil. Dort belegte er im Team mit 593 von 600 möglichen Ringen den zweiten Platz. Im Einzelwettbewerb konnte er in drei Durchgängen mit 598/595 und 591 Ringen den 13. Platz belegen. Als weitere Erfolge kann er diverse Titel im Kleinkaliberschießen in der Einzelwertung sowie mit der Mannschaft verzeichnen.

„Polizeimannschaft des Jahres 2007“ wurde das Marathonteam der Damen der nordrhein-westfälischen Polizei mit Polizeikommissarin Rike Westermann (PP Köln), Polizeikommissarin Katrin Vornholt (PP Münster), Polizeihauptkommissarin Carmen Otto (Innenministerium NRW) und Polizeihauptmeisterin Vanessa Ambaum (PP Duisburg). Die Mannschaft belegte bei der Deutschen Polizeimeisterschaft im Marathon in München Platz eins. Die Einzelleistungen lagen zwischen 3:00.14 und 3:15.20 Std.

„Polizeisportverein 2007“ wurde der Polizeisportverein Essen 1922 e.V. Seit vielen Jahren zeichnet sich der Verein durch seine Aktivitäten aus. Nicht nur die aktive Jugendarbeit oder die Angebote zur Prävention liegt den Verantwortlichen des Vereins am Herzen, sondern auch die Durchführung des polizeilichen Wettkampfprogramms. Regelmäßig tritt der Verein als Ausrichter polizeilicher Wettkämpfe

auf. Höhepunkte waren dabei sicherlich die Eröffnungsveranstaltung und die beiden Spieltage bei der Europäischen Polizeimeisterschaft im Fußball im Jahr 2006. Die Auszeichnung nahm die Vorsitzende

des Vereins, Polizeipräsidentin Stephania Fischer-Weinszihr gemeinsam mit ihren Geschäftsführern, den Polizeihauptkommissaren Ulrich Schnippenkötter und Axel Heukelbach entgegen.



„Polizeimannschaft des Jahres 2007“ wurde das Marathonteam der Damen der nordrhein-westfälischen Polizei mit PKin Rike Westermann (PP Köln), PKin Katrin Vornholt (PP Münster), PKin Carmen Otto (IM NRW) und PHMin Vanessa Ambaum (PP Duisburg).



„Polizeisportverein 2007“ wurde der Polizeisportverein Essen 1922 e.V. Polizeipräsidentin Stephania Fischer-Weinszihr nahm gemeinsam mit ihren Geschäftsführern, den Polizeihauptkommissaren Ulrich Schnippenkötter (rechts) und Axel Heukelbach (links) die Auszeichnung entgegen.

Krefelder "Blaulichttag"

**Show, Action und viel Spaß
lockten 30.000 Menschen
in die Innenstadt**

Etwa 30.000 Menschen waren am 25. Mai in die Krefelder Innenstadt gekommen. Sie applaudierten den 700 haupt- und ehrenamtlichen Aktiven, die mit viel Engagement und Wissen ihre Aufgaben, Ziele, ihren Leistungsstand und ihr technisches Gerät dem großen Publikum vorstellten.

Natürlich kamen ganz besonders die vielen großen und kleinen Kinder auf ihre Kosten, denn es gab viel zu staunen: Hubschrauber der Bundespolizei, Löschroboter einer Werkfeuerwehr, Vorführungen der Fahrradstaffeln aus Krefeld, Maastricht und Venlo, Löschvorführungen von freiwilligen Feuerwehrleuten, Einsatz des Defibrillators durch Krefelder Polizei-

beamte, moderiert durch den Leitenden Notarzt der Stadt, historische und aktuelle Polizeifahrzeuge von Bundes- und Bereitschaftspolizei, DRK und Malteser Hilfsdienst im Einsatz und vieles mehr. Ein spezielles Highlight waren dabei ganz sicher die Einsatzvorführungen des SEK aus Essen und der mobilen Einheit aus dem niederländischen Limburg-Nord. Mit Irritationsböllern, viel Rauch und Feuer machten die Gruppen mächtig Eindruck. Selbst der Wettergott verbeugte sich vor

diesem Engagement für den Bürger und hielt den angekündigten Regen zurück und sorgte sogar für strahlenden Sonnenschein an diesem herrlichen Tag. Projekt- und Veranstaltungsleiter Uwe Ganz, Leiter des Leitungsstabes beim PP Krefeld, zog das Fazit: „Unser Blaulichttag hat die Menschen begeistert und wir haben das gesteckte Ziel, den Krefeldern zu zeigen, dass Sie sich zu Recht in ihrer Stadt sicher fühlen und dass Profis für Sie im Einsatz sind, in vollem Umfang erreicht.“ Alle waren sich am Ende einig: Das kann und muss wiederholt werden.

Rainer Behrens, PP Krefeld



Der Löschroboter präsentiert sich (Nr. 5 lebt)



Besucherandrang beim Rettungseinsatz der Krefelder Berufsfeuerwehr



Hagelschäden an Streifenwagen und Privat-Pkw.

Fotos: PP Krefeld (oben) und Lothar Strücken, Fotograf Westdeutsche Zeitung

Schlimmer Hagelsturm

Die meisten Krefelder werden den 30. Mai 2008 nicht vergessen. Früh am Morgen kündigte sich eines der größten Schadensereignisse in der Seidenstadt mit einem dumpfen Grollen an, das sich wenig später in der Form von scharfkantigen, bis zu golfballgroßen Geschossen vom Himmel her über der Innenstadt, sowie den südlichen und westlichen Stadtteilen entlud.

Innerhalb kürzester Zeit wurden in der Stadt und der Region nach Auskunft der Versicherungsunternehmen 85.000 Autos beschädigt, Gewächshäuser, Dachpfannen und -Fenster zerstört. Nahezu die gesamte Erdbeerernte wurde durch den Hagelsturm vernichtet. Die dadurch zu begleichenden Schäden summierten sich

dabei auf die doppelte Höhe, die der Sturm Kyrill in Krefeld verursacht hatte.

Auch 69 Dienstfahrzeuge der Polizei wurden zum Teil erheblich beschädigt. Die Direktion Zentrale Aufgaben des PP Krefeld verzeichnete alleine an Gebäuden und Fahrzeugen einen Schaden von etwa 250.000 €. Gesprungene Windschutzscheiben, umfangreiche Karoserieschäden und „zerschossene“ Blaulichter wurden von allen Dienststellen gemeldet. Die Wucht der Hagelkörner schlug sogar eine komplette Funkantenne vom Dach eines Passat. Die Welle der Zerstörung der Naturgewalt machte auch nicht vor den privaten Fahrzeugen der Kolleginnen und Kollegen halt. Die hatten aber zunächst keine Zeit, sich um ihr Eigentum zu

kümmern. Innerhalb kürzester Zeit wurden die Krefelder Beamten, die zum eigenen Schutz den Einsatzhelm tragen mussten, zu mehr als 100 Hilfeinsätzen gerufen. Lediglich 20 Menschen erlitten leichte Verletzungen. Ein solches Naturschauspiel braucht am Niederrhein aber sobald niemand mehr.

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung
Festzins 12 Jahre 5,15%, effekt. Jahreszins 5,88%
Beispiel: 30jährige Beamtin, Festzins 5,95%, Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,53%.
 35.000 € = monatlich 305,20 € inkl. Lebensvers.
 60.000 € = monatlich 433,42 € inkl. Lebensvers.
Ratendarlehen: Festzins ab 5,40%, effekt. Jahreszins, Laufzeit 1–10 Jahre.
NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.
Info-Büro 0800 / 77 88 000 gebührenfrei
 Fax-Nummer: 05130 / 79 03 95
 vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark
www.beamtendarlehen-center.de

In der nächsten Ausgabe



Aus der Praxis für die Praxis: Netzwerk „Zuhause sicher“

Public-Private-Partnership für verstärkte Technische Prävention:
Mehr Bürger für Einbruchschutz sensibilisieren bei gleichzeitiger Konzentration auf polizeiliche Kernkompetenzen? Beratungsinhalte zwischen Polizei und Sicherheitsfachunternehmen harmonisieren ohne die polizeiliche Neutralität zu gefährden?
Das Netzwerk „Zuhause sicher“ zeigt wie es geht.



„Mein Körper gehört mir“

Vorbeugung sexuellen Missbrauchs an Kindern ist auch in Düsseldorf fester Bestandteil der Präventionsarbeit der Kommissariate Vorbeugung. In Zusammenarbeit mit der theaterpädagogischen Werkstatt Osnabrück, wird u. a. das Präventionstheaterstück „Mein Körper gehört mir“ aufgeführt. Das Theaterstück, das die Lücke zwischen der pädagogischen Aufklärung für Kinder über sexuellen Missbrauch und der gleichermaßen notwendigen Information aller Erwachsenen zu Hintergründen und möglichen Hilfen schließt, wurde evaluiert. Die „Streife“ stellt die Ergebnisse in der nächsten Ausgabe vor.

Rätselgewinner

Herzlichen Glückwunsch, Herr Bongard aus Geilenkirchen und Herr Hoffmann aus Wuppertal. Sie haben jeweils 1 Jahresgutschein plus Wellness-Set von der FITNESS Company gewonnen. Die Redaktion „Streife“ wünscht Ihnen und ihrer Begleitung viel Spaß beim Workout!



Redaktionsschluss für die Mai/Juni-Ausgabe war der **20.6.2007**, für die Juli/August-Ausgabe der **20.7.2008**.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Ludger Harmeier, Leiter des Referates Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Redaktion: Ralf Hövelmann, Sabine Severing, Bettina Niewind

Anschrift der Redaktion: Innenministerium NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
– Redaktion „Streife“ –
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71-23 66,
Fax (02 11) 8 71-23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Verlag, Herstellung und Anzeigen: VVA Kommunikation GmbH,
www.vva.de
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-5 07.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 20 vom 1. Oktober 2006.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen: Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).

Die neue Polizeiuniform im Trageversuch

